

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.1 - 64. Jahrgang

18. Januar 2014

## Willy Brandt im Porträt

Noch bis zum 12. Februar sind im Willy-Brandt-Haus die Ausstellungen „Über Willy Brandt“ mit Bildern von Konrad Rufus Müller und „Willy Brandt - Eine Hommage in Bildern“ mit Aufnahmen u.a. von Robert Lebeck und Thomas Hoepker zu sehen. Geöffnet ist dienstags bis sonntags von 12 bis 18 Uhr (letzter Einlass 17 Uhr 30), ein Personalausweis ist erforderlich

## Gedenken an die Opfer der NS-Diktatur

Mit Kranzniederlegungen und einer Gedenkfeier erinnern der Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg (LSVD) und die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas am 27. Januar an die Opfer der Nazi-Diktatur. Treffpunkt ist um 16 Uhr am Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen, (Ebertstraße auf Höhe Hannah-Arendt-Straße) in Berlin-Tiergarten. Mehrere Abgeordnete haben ihre Teilnahme angekündigt. Gedenkfeiern gibt es auch im Reichstag und im Foyer der Philharmonie sowie in der Gedenkstätte Sachsenhausen. (s. auch Seite 7)

## Demonstration für gute Landwirtschaft

Mit einer Demonstration am heutigen Sonnabend (Start um 11 Uhr am Potsdamer Platz) wollen Umweltschutzverbände und Landwirte für „Gutes Essen. Gute Landwirtschaft. Für alle!“ demonstrieren. Unterstützt wird die Aktion auch von Organisationen wie „Brot für die Welt“ und Misereor. Bereits in den vergangenen Jahren hat es anlässlich der Grünen Woche in Berlin Demonstrationen des Bündnisses gegeben.

Bundesparteitag:

## „Stabilität vermitteln“

Designierte Generalsekretärin bei der Berliner SPD

**Die SPD werde in keinen Wettbewerb um die radikalsten Lösungen eintreten. Sie werde vielmehr deutlich machen, dass sie in den verschiedenen Zielkonflikten für die intelligentesten Lösungen stehe. Das machte die designierte SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi am Montag im Berliner SPD-Landesvorstand deutlich.**

Die SPD-Politikerin und Gewerkschafterin, die in der vergangenen Woche auf Vorschlag von Sigmar Gabriel vom SPD-Vorstand als Nachfolgerin von Andrea Nahles nominiert wurde, will die Beteiligung der Mitglieder weiterentwickeln und für eine engere Verbindung von SPD und Gewerkschaften sorgen. Zum Profil der SPD müsse es gehören, das Gefühl von Stabilität und Sicherheit zu vermitteln, sagte Yasmin Fahimi. Ziel müsse es immer sein, als Partei das Gespräch mit den Menschen zu führen. Dazu will sie die organisationspolitischen Voraussetzungen schaffen. Der Landesvorstand nominierte sie bei zwei Enthaltungen einstimmig für die Wahl als Generalsekretärin.



Begrüßt von SPD-Landesgeschäftsführerin Kirstin Fussan und dem Landesvorsitzenden Jan Stöß: die designierte Generalsekretärin Yasmin Fahimi im Berliner SPD-Landesvorstand. Foto: Horb

Die Wahl findet auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am Sonntag, dem 26. Januar ab 14 Uhr in der Arena Berlin statt. Gewählt werden zudem eine/ein SchatzmeisterIn und eine/ein Parteivize. Bereits am Vormittag findet von 11:00 bis 13:30 Uhr an gleicher Stelle die SPD-Europadelegiertenkonferenz zur Aufstellung einer Bundesliste und die Beratung des Leit-antrags zur Europawahl statt. **BS □**

mehr auf Seite 2

## Mehr Zeit für die Familie

Manuela Schwesig: ElterngeldPlus für mehr Gleichberechtigung

**Die SPD will Familien mehr Zeit für sich verschaffen. Viele Mütter und Väter haben das Gefühl, ihrer Verantwortung für die Kinder nicht gerecht zu werden. Das von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) geplante „ElterngeldPlus“ soll Väter jetzt unterstützen, gleichberechtigt Verantwortung zu übernehmen.**

Mit dem im Koalitionsvertrag verankerten ‚Elterngeld Plus‘ soll die Partnerschaftlichkeit in Beruf und Familie gezielt gestärkt werden. Eltern soll für eine Dauer von bis zu 28 Monaten die bestmögliche Inanspruchnahme des Elterngeldes in Kombination mit einer nicht geringfügigen Teilzeitarbeit ermöglicht werden. Der

Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit soll um ein Rückkehrrecht zur früheren Arbeitszeit ergänzt werden. Das „ElterngeldPlus“ ist

### IN DIESER AUSGABE:

WOWEREIT: BERLIN KOMMT VORAN	S. 3
DEBATTE UM STERBEHILFE	S. 9
KURSWECHSEL FÜR EUROPA	S. 9
BLICK INS OPERNDORF	S. 16

der Einstieg in das SPD-Modell einer Familienarbeitszeit – mit einem teilweisen Lohnersatz auch über einen längeren Zeitraum für junge Familien mit geringen und durchschnittlichen Einkommen – und langfristig auch ein Beitrag zu einer veränderten Arbeitskultur. **BS □**

Bundes-SPD:

## „Beteiligung der Mitglieder weiterentwickeln“

Yasmin Fahimi und Dietmar Nietan sollen in die SPD-Spitze aufrücken

**Auf Vorschlag von Sigmar Gabriel hat der SPD-Parteivorstand in der vergangenen Woche Yasmin Fahimi als neue Generalsekretärin und Dietmar Nietan als neuen Schatzmeister der SPD nominiert. Die Wahlen finden auf dem Bundesparteitag am 26. Januar statt.**

„Als engagierte Sozialdemokratin und langjährige Gewerkschaftssekretärin verfügt Yasmin Fahimi über umfassende politische und strategische Erfahrungen“, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. „Die organisationspolitischen Herausforderungen, vor denen große Mitgliedsorganisationen stehen, sind ihr ebenso vertraut wie die politischen Aufgaben der Sozialdemokratie. Yasmin Fahimi ist eine hervorragende Wahl. Sie wird die SPD in der Öffentlichkeit vertreten, die Partei weiter öffnen und die Beteiligung der Mitglieder konsequent weiterentwickeln.“ Yasmin Fahimi wurde



Yasmin Fahimi.

Foto: Urban/SPD

1967 in Hannover geboren. Sie arbeitet seit 2000 in verschiedenen Funktionen für die Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). Zuletzt verantwortete sie

als Gewerkschaftssekretärin und Abteilungsleiterin den Bereich Grundsatz / Organisationsentwicklung der Gewerkschaft.

Der Nordrhein-Westfale Dietmar Nietan, so Gabriel, sei seit vielen Jahren auf allen Ebenen der Partei bestens verankert – in der Kommunal- genauso wie in der Bundes- und Europapolitik. „Er wird nicht nur für die Finanzen der SPD verantwortlich sein, sondern auch für den Unternehmensbereich. Ich bin sicher: Er wird wie seine Vorgängerinnen und Vorgänger ein politischer Schatzmeister sein. Ich freue mich sehr, dass ich ihn für diese verantwortungsvolle Tätigkeit gewinnen konnte.“ Dietmar Nietan wurde 1964 in Düren geboren. Nach Tätigkeiten, unter anderem für Martin Schulz war er von 1998 bis 2005 und seit 2009 als Abgeordneter für den Wahlkreis Düren im Bundestag. **BS** □



Eine Frage an Sylvia-Yvonne Kaufmann:

## Linkspartei und AfD: Wahlkampf mit antieuropäischer Stimmungsmache?

Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Kandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament

**Im Wahlprogrammwurf der Linkspartei wird die EU als „neoliberale, militaristische und weithin undemokratische Macht“ beschrieben. Versucht die Linkspartei damit wie auch die AfD, Wählerstimmen mit antieuropäischer Stimmungsmache einzufangen?**

Es gibt wohl niemanden, der nicht wüsste, dass wir in der Europäischen Union nach wie vor turbulente Zeiten durchleben. Die Finanzmarktkrise ist längst nicht vorbei und es ist ein erheblicher Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den europäischen Institutionen zu verzeichnen. Enttäuschung und Unzufriedenheit spülen ungemein viel Wasser auf die Mühlen von Euro- und Europaskeptikern. Hauptadressat dieses Populismus sind die etablierten Parteien, die an diesem Dilemma allerdings durchaus nicht ganz unschuldig sind. Davon möchte bei der Europawahl am 25. Mai neben der AfD auch die Linkspartei profitieren.

Die im Wahlprogrammwurf der Linkspartei enthaltenen aggressiv antieuro-

ropäischen Aussagen zur EU werden vor allem von einer einflussreichen Gruppierung um die stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende Wagenknecht und den europapolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion Dehm vertreten. So beklagte etwa Sahra Wagenknecht bereits am 17. Oktober 2013 im „neuen deutschland“, die AfD habe von der Linkspartei mit Bezug auf die Euro-Rettung abgeschrieben und um die AfD klein zu halten, müsse man Europa von links angreifen. Doch m.E. geht es um weit mehr.

Diese Personengruppe macht sich zu Nutze, dass sich die vor mehr als sechs Jahren aus PDS und WASG hervorgegangene Linkspartei noch immer auf der Suche nach sich selbst befindet. Im Ergebnis dessen flammen die Auseinandersetzungen und Flügelkämpfe in der Partei immer wieder neu und mehr oder weniger heftig auf. Im Kern geht es dabei um die strategische Ausrichtung der Partei, und zwar darum, ob die Linkspartei mit der SPD im Bund koalieren darf oder sich in erster Linie als vorgeblich linkes Anti-SPD-Projekt und Fundamentalopposition zu profilieren hat. Nachdem in unserer Partei die „Ausschließertis“ nunmehr der Vergangenheit angehört und mit Blick auf 2017 auch die Option Rot-rot-grün bestünde, scheint dieser Streit in der Linkspartei erneut zu eskalieren.

Wie schon früher dient dabei das Thema „Europa“, das für die meisten Parteimitglieder weit weg ist, als geeignete Projektionsfläche und wird infolgedessen entsprechend instrumentalisiert. Europapolitische Positionen sollen möglichst radikal festgezurrert werden, um insbesondere zur SPD eine unversöhnliche und dauerhafte Trennlinie zu ziehen. □

Bis zur Europawahl am 25. Mai 2014 veröffentlicht die BERLINER STIMME Fragen an Sylvia-Yvonne Kaufmann zur europäischen Politik. Gerne geben wir auch Ihre Fragen weiter. Schicken Sie sie uns einfach per Mail an [berliner.stimme@spd.de](mailto:berliner.stimme@spd.de) oder per Postkarte an Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin  
**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: [berliner.stimme@spd.de](mailto:berliner.stimme@spd.de), Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin  
**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: [berliner.stimme@wegewerk.de](mailto:berliner.stimme@wegewerk.de)  
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)  
**Druckerei:** KORREkt Mailingservice Berlin

Senat:

# „Eine aufstrebende Metropole“

Klaus Wowereit: Positive Bilanz für 2013 - positiver Ausblick auf das neue Jahr

„Wir wollen erreichen, dass der Aufschwung Berlins für alle da ist“, so Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit zum Jahresauftakt. Berlin stehe so gut da wie lange nicht mehr, sagte Wowereit mit Blick auf die guten Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten des zurückliegenden Jahres. Die internationale Anziehungskraft der Stadt beruhe auch auf dem sozialen Miteinander, das sich hier zeige. „Solidarität und Zusammenhalt sowie bürgerschaftliches Engagement sind tragende Faktoren für eine menschliche Metropole“, so Wowereit.

Nicht nur die Wirtschaftsdaten zeigen nach oben, betonte Wowereit. „Jedes Jahr wächst die Bevölkerungszahl Berlins um mehrere zehntausend Menschen. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung. Sie zeigt: Berlin ist attraktiv. Berlin bietet Chancen. Und die zugezogenen Berlinerinnen und Berliner fühlen sich sehr wohl in unserer Stadt. Sie alle sind uns willkommen. Sie sorgen mit dafür, dass die Stadt sich weiter entwickelt und dabei auch verändert. Dass neue wirtschaftliche Perspektiven entstehen, dass sich die Kultur- und Wissenschaftslandschaft weiterentwickelt, kurz: dass Berlin noch vielfältiger



Klaus Wowereit

Foto: SPD

und noch spannender wird.“ Im Stadtbild werde der Wandel sichtbar. „Überall entsteht Neues: Wohnraum und Platz für Büros und Betriebe, die Arbeit schaffen. Dieser Wandel ist es nicht zuletzt, weshalb Menschen aus aller Welt heute mit so viel Neugierde und Sympathie auf Berlin schauen.“

Der 25. Jahrestag des Mauerfalls werde weltweit Aufmerksamkeit finden. „Viele werden auch fragen, was Berlin aus seiner einzigartigen Chance gemacht hat“, so Wowereit. „Die Stadt hat sich verändert – und sie wird sich weiter verändern. Wenn das bei manchen Menschen auch die Sorge auslöst, von der positiven Entwicklung abge-

koppelt zu werden, dann kann die Antwort nur sein: Wir wollen erreichen, dass der Aufschwung Berlins für alle da ist. Dass zum Beispiel die vielfältigen Bildungsangebote für alle zugänglich sind. Dass die Mieten bezahlbar bleiben. Dass auch Langzeitarbeitslose eine Chance bekommen.“ **BS** □

Gewerkschaft:

## Tarifabschluss bei PIN AG begrüßt

**Der Tarifabschluss zwischen der PIN Mail AG Berlin und der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist vom Berliner SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß ausdrücklich begrüßt worden.**

„Für gut 1.000 Beschäftigte wurde damit endlich ein einheitlicher Mantel- und Entgelttarifvertrag abgeschlossen, der nach 14 Jahren ohne Lohnerhöhung für eine angemessene Entlohnung sorgt. Nach dem es in der Tarifaufeinandersetzung zu Aussperungen kam, bin ich froh, dass die Arbeitgeberseite – auch auf Druck der Gewerkschaften und Politik – eingelenkt hat“, sagte Stöß. Er habe die Hoffnung, dass dieser Tarifvertrag beispielgebend für andere in Deutschland operierende Briefdienstleister werde. Die Entgelte der Beschäftigten in den unteren und mittleren Lohngruppen werden ab 1. Januar 2014 um 100,-€ erhöht. Das entspricht einem Erhöhungsvolumen von etwa 7%. **BS** □

Koalitionsausschuss:

## Friedliche Lösung gesucht

Oranienplatz: Verhandlungsauftrag für Dilek Kolat

„Für uns steht im Mittelpunkt, dass wir uns darauf verständigt haben, diesen Gesprächen eine ernsthafte Chance zu geben und auch die notwendige Zeit, damit wir das gemeinsame Ziel einer friedlichen Lösung ohne Gewalt erreichen.“ So fasste der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß das Ergebnis des Koalitionsausschusses am vergangenen Sonntagabend zusammen.

„Die Koalition bekennt sich zu Berlin als weltoffene Metropole und zum Ziel einer humanitären Flüchtlingspolitik“, heißt es im Ergebnis. „Der jetzige Zustand am Oranienplatz ist gleichwohl nicht dauerhaft akzeptabel. Wir begrüßen die Initiative unter Einbeziehung vieler gesellschaftlicher Akteure, eine friedliche Verhandlungslösung zur Beendigung dieser Zustände zu erreichen. Die Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales wird im Senat fortlaufend über den Fortgang der Verhandlungen berichten. Im Lichte des Fortgangs dieser Verhandlungen wird der Senat auch

unter Einbeziehung der Senatsvorlage der Innenverwaltung über das weitere Vorgehen beraten. All dies kann nicht zur Folge haben, dass das Bezirksamt Friedrichshain/Kreuzberg der ihm obliegenden Verantwortung zur Lösung der Zustände nicht gerecht wird, dieses ist zuvörderst in der Pflicht, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden.“

Die Gespräche starteten durch den von Innensenator Henkel im Dezember angekündigten Räumungstermin zwar unter erschwerten Bedingungen, ein Gesprächsfaden konnte aber inzwischen aufgebaut werden. Allerdings können viele Forderungen nicht auf Berliner Ebene sondern nur auf Bundesebene geregelt werden. Die Unterstützer selbst verfolgen ebenfalls unterschiedliche Ziele, von rein humanitären bis hin zur Vorstellung, das Camp dauerhaft als politisches Signal zu erhalten. In den Gesprächen aber soll es vornehmlich darum gehen, die Situation der Flüchtlinge zu verbessern. **BS** □

Gewerkschaft:

## DGB-Bezirkskonferenz wählt Vorstand

**In der ver.di-Bundesverwaltung (Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin) beginnt am heutigen Sonntagabend um 9 Uhr die 6. Bezirkskonferenz des DGB, Bezirk Berlin und Brandenburg,**

Den 100 Delegierten liegen Anträge vor, um den künftigen Kurs der Gewerkschaftspolitik in der Region zu bestimmen. Als Gäste erwartet die Konferenz u.a. den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit sowie den stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Helmuth Markov aus Brandenburg. Für den DGB-Bundesvorstand hält die Vize-Vorsitzende Elke Hanneck ein Grußwort.

Die Konferenz, auf der sowohl Doro Zinke als auch Christian Hoßbach zur Wiederwahl antreten, steht unter dem Motto: Gute Arbeit-Gerechtigkeit-Solidarität. **BS** □



## Rechtsradikalismus:

## Filmvorführung „Blut muss fließen“

Unter Lebensgefahr hat der Journalist Thomas Kuban über Jahre hinweg Neonazi-Konzerte mit versteckter Kamera gefilmt und Veranstaltungen dokumentiert. Getarnt als brauner Kamerad gewann er das Vertrauen von Szenegrößen und sammelte Beweise über die Nazi-Strukturen in Deutschland und darüber hinaus. Die IG Metall zeigt am 23. Januar um 18 Uhr seinen Film „Blut muss fließen - Undercover unter Nazis“.

Was eigentlich Aufgabe des Staates, der Polizei, des Verfassungsschutzes ist, leistete ein Einzelner. Die Ergebnisse schockieren: Mit Konzerten, CDs und Devotionalien werden Millionen umgesetzt und Jugendliche für die Nazi-Szene geworben. Es ist ein Film, der unter die Haut geht, ein Buch, das man gelesen haben sollte. Thomas Kuban und Regisseur Peter Ohlendorf zeigen, was wirklich los ist im braunen Sumpf. **BS** □

➔ Filmvorführung und Diskussion, 23. Januar, 18 Uhr, IG Metall-Haus, Alwin Brandes-Saal, Alte-Jakobstr. 149, 10969 Berlin. Anschließend Diskussion mit Bianca Klose, Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (mbr), Arno Hager, IG Metall Berlin, Peter Ohlendorf, Regisseur, Moderation: Andrew Walde, DGB Berlin-Brandenburg.

## Diskussion:

## Herausforderungen für Land und Bezirke

**Vor welchen Herausforderungen stehen das Land Berlin und seine Bezirke? Darüber diskutieren auf Einladung der Gewerkschaft Ver.di Berlin-Brandenburg am 23. Januar Politiker aus Bezirken und Land.**

Mit dabei sind u.a. Oliver Igel, Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick, Frédéric Verrycken, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Vorsitzender des Hauptausschusses, Rainer Hölmer, Bezirksstadtrat, Abteilung für Bauen, Stadtentwicklung und Umwelt, Heiko Glawe, DGB Regionalgeschäftsführer Berlin, Marijke Höpner, Vorsitzende des Ausschusses für Jugendhilfe, BVV Tempelhof-Schöneberg, Holger Wuttig, SPD-Fraktionsvorsitzender BVV Charlottenburg-Wilmersdorf, Dr. Ursula Walker, BVV Treptow-Köpenick, Gotthard Krupp, ver.di – Bezirksvorstand Berlin

➔ Diskussionsveranstaltung, 23. Januar, 18 bis 20 Uhr, ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, Raum 6.05, Köpenicker Str. 30, 10179 Berlin

## Tempelhof:

## Entlastung durch Neubau

## Bezahlbare Wohnungen contra freie Sicht

Am 28. Januar soll feststehen, ob die Initiative „100% Tempelhofer Feld“ die notwendigen 173.000 Unterschriften für ein Volksbegehren erreicht hat. Damit wird nun eine öffentliche Debatte darüber stattfinden, ob die geplante Randbebauung - wie von den Initiatoren gefordert - verhindert wird oder ob neue bezahlbare Wohnungen auch in der Innenstadt entstehen können.

Der Senat, so Stadtentwicklungssenator Michael Müller, wolle an seinen Planungen festhalten. „Dafür werde ich auch in den nächsten Monaten bei den Berlinerinnen und Berlinern werben - damit wir den dringend benötigten, günstigen Wohnraum schaffen, ohne dabei die Weite und Einzigartigkeit des Feldes zu beschränken.“

Auch wenn die Initiative bei ihrer Unterschriftensammlung einen anderen Eindruck erwecken wollte - der Konflikt bezieht sich nur auf einen kleinen Randbereich. Auch der Senat und die SPD-Fraktion wollen die 230 Hektar große Parklandschaft im Zentrum dauerhaft sichern. Sie bleibe in Zukunft unbebaut und werde für Erholungs- und Freizeitaktivitäten behutsam und nachhaltig qualifiziert, so Daniel Buchholz, Vorsitzender des Arbeitskreises Stadtentwicklung. Nur an ihren äußeren Rändern bietet sich die Möglichkeit, in den kommenden Jahren neue Stadtquartiere entstehen zu lassen, bei denen die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum im Vordergrund steht. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung will hier mit städtischen Wohnungsbaugesellschaften und einer Genossenschaft zusammenarbeiten, um für mindestens die Hälfte der Neubauwohnungen Mieten von sechs bis acht Euro pro Quadratmeter zu sichern.



Tempelhof: Mit Randbebauung gegen Wohnungsnot.. Foto: SenStadt

„Alle wissen: Berlin wächst, der Druck auf den Wohnungsmarkt steigt und mit ihm steigen die Mieten“, so Ellen Haußdörfer, Sprecherin für Stadtentwicklung in der Fraktion. „Im Sinne einer guten Mieten- und Wohnungspolitik sollen daher bis zu 5.000 neue Wohnungen insbesondere für kleine und mittlere Einkommen an den Rändern des Feldes entstehen. Das entlastet den Wohnungsmarkt, reduziert den Mietendruck und kommt uns allen zugute.“

Seit März 2013, als der Masterplan Tempelhofer Freiheit von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung vorgestellt wurde, findet die öffentliche Diskussion statt. Ein Bereich größer als der Große Tiergarten, bleibe als Freifläche erhalten, so Stadtentwicklungssenator Michael Müller. „Dafür erarbeiten wir ein Gesetz.“ Es gehe darum, mehr Grün für die Berlinerinnen und Berliner zu sichern, gleichzeitig aber den Bau von dringend benötigten neuen, bezahlbaren Wohnungen zu ermöglichen, so der Senator. **BS** □

## Berliner in wichtigen Ausschüssen

## Bundestag: Zuständigkeiten der SPD-Abgeordneten stehen fest

**Die acht Berliner Bundestagsabgeordneten sind von der Fraktion in wichtige Bundestagsausschüsse entsandt worden.**

Die SPD-Spitzenkandidatin bei der Bundestagswahl Dr. Eva Högl ist als stellvertretende Fraktionsvorsitzende zuständig für die Bereiche Innen und Recht; Verbraucherschutz; Sport; Kultur und Medien; Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung.

Der Spandauer SPD-Bundestagsabgeordnete Swen Schulz wurde Mitglied im Haushaltsausschuss, Mechthild Rawert (Tempelhof-Schöneberg) im Ausschuss für

Gesundheit, Klaus Mindrup (Pankow) im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und Cansel Kiziltepe (Friedrichshain-Kreuzberg) im Finanzausschuss. Der direkt gewählte Neuköllner Bundestagsabgeordnete Fritz Felgentreu gehört dem Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie dem Verteidigungsausschuss an, Ute Finckh-Krämer (Steglitz-Zehlendorf) dem Auswärtigen Ausschuss sowie dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Matthias Schmidt (Treptow-Köpenick) dem Innenausschuss und dem Sportausschuss. **BS** □

Kultur:

# Kino mit anspruchsvollem Programm

## Verein will das Zehlendorfer BALI retten - Spenden und Darlehen gefragt

**Die SPD Dahlem und der Verein zur Förderung der politischen Bildung e.V. haben zu einer Solidaritätsaktion für das BALI-Kino aufgerufen. Notwendig sind 10.000 € an Spenden oder Darlehen, um das traditionsreiche Zehlendorfer Kino mit digitaler Technik auszustatten.**

Laut Aussage der Verleiher und Kinoverbände wird es ab 2014 keine 35 mm Kopien mehr geben. Dadurch ist das Bali-Kino gezwungen, sich der technischen Entwicklung anzuschließen. Erschwerend kommt hinzu, dass eine Förderung dieser Maßnahme nur noch jetzt möglich ist. Das setzt das Bali-Kino unter ungeheuren Druck. Nach einer Kalkulation des Medienboards und einem bereits erfolgten Kostenvoranschlag einer Kinotechnikfirma verblieb für das Bali-Kino ein Eigenanteil von ca. 20.000 €, das sind 20% der Gesamtkosten. Der ist für das Bali-Kino nicht aufzubringen und schon gar nicht in so kurzer Zeit.

In dieser Situation hatte sich ein Verleih interessiert gezeigt, in erster Linie die Umbaukosten für das Bali-Kino zu übernehmen, dann aber auch gleichzeitig in den zu verlängernden Mietvertrag einzusteigen,



Kino mit langer Tradition: das Bali in Zehlendorf.

Foto: Horb

im Zweifelsfall sogar zu 100% als Mieter der Räumlichkeiten aufzutreten. Nach Gesprächen zeichnete sich deutlich für die nächsten Jahre eine starke Einflussnahme durch den Verleih ab, was die Ausrichtung und Unabhängigkeit des Kinos beeinträchtigen würde. Nach langen Überlegungen hat sich das Bali-Kino entschlossen, dass es für das Kino und die Fortführung seiner Arbeit am Wichtigsten ist, frei und unabhängig zu bleiben.

Eine Lösung für das Kino ist aber eine engere Kooperation mit Vereinen, die seit Jahren politisch arbeiten und dem Profil des Kinos gut tun und entsprechen, so Kino-Inhaberin Helgard Gammert. Deshalb macht sich jetzt das Bali-Kino auf den Weg, diese neue Herausforderung mit Gleichgesinnten zu bewältigen und damit gleichzeitig die Zukunft des Kinos und seine Inhalte zu gewährleisten. So ist die Idee einer engeren Zusammenarbeit mit dem Verein zur Förderung der politischen Bildung e.V. entstanden. Helgard Gammert liegt besonders am Herzen, „eine Möglichkeit mit der Kinoarbeit zu finden, die Kinder und Jugendliche wieder in ein anspruchsvolles Kinoprogramm einbindet“.

Der Verein will künftig einmal im Monat Filme im Bali-Kino anbieten und wird im Februar 2014 mit dem Film „Die Wohnung“ starten. Erbeten sind Spenden für das BALI-Kino auf das Konto des Vereins - SEPA-Kontonummer DE35100100100404972109 bei PBNKDEFFXXX (Postbank Berlin) - bzw. auf zwei Jahre befristete Darlehen über den Verein. Aktuell sind nach Angaben von Burkhard Zimmermann bereits über 4000 Euro zusammengekommen. **BS □**

Kultur:

# „Ein einzigartiges Theater“

## Förderverein für das Grips-Theater gegründet - Festveranstaltung am 21. Januar

**Seit 1.1.2014 gibt es offiziell den gemeinnützigen Förderverein „mehr grips!“, am 21. Januar stellt er sich der Öffentlichkeit mit einer Festveranstaltung im GRIPS Theater vor. Der Kulturmanager Börries von Liebermann, der u.a. jahrelang das Theatertreffen, das Festival „Theater der Welt“, „1000 Jahre Potsdam“ und das Eröffnungsprogramm der EXPO 2000 geleitet hat, ist der Vorsitzende des Vereins, Walter Momper der stellvertretende Vorsitzende. Die Produzentin und Herstellungsführerin Renée Gundelach und der Spielfilm-Produzent Hermann Florin sind weitere aktive Gründungsmitglieder mit Vereinsfunktionen. Im Interview äußern sich Börries von Liebermann und Walter Momper zu den Hintergründen und Zielen des neuen GRIPS-Fördervereins.**

*Wie kommen Sie dazu, sich für einen Förderverein für das GRIPS zu engagieren? Was eint sie alle, was ist ihre gemeinsame Basis?*

**Börries von Liebermann:** Wir alle sind

langjährige Begleiter und Freunde des Theaters, wir und unsere Kinder sind mit GRIPS groß geworden. Und wo findet man schon so ein einzigartiges Theater, das einen politischen Anspruch im Kinderbereich hat? Das gibt's nirgends, ein Theater, das für Kinder und Jugendliche mit Musik unglaublich lebendige Lebensgeschichten auf die Bühne bringt, das alles auch mit einem politischen, emanzipatorischen Anspruch, da ist und bleibt das GRIPS ein Solitär, das ist die Einzigartigkeit des Hauses. Und das hat Volker Ludwig erfunden. Man kann auch sagen, uns eint alle, dass wir langjährige Fans und Freunde dieses Hauses sind und diese Einzigartigkeit unterstützen wollen.

*Was war der konkrete Anlass, den Verein zu gründen?*

**Walter Momper:** Eigentlich gibt es ja an allen Theatern solche Fördervereine und wieso hier im GRIPS in all den Jahren noch nie jemand darauf gekommen ist, einen zu gründen, weiß ich nicht. Anlass war die Notsituation letztes Jahr, als dem Haus 150.000 Euro fehlten und Volker Ludwig

nicht mehr weiter wusste. Zu seiner großen Freude kam dem Haus, als er die prekäre Situation öffentlich machte, eine riesige Solidaritätswelle entgegen und viele, wirklich viele, wollten dem Theater Geld spenden, um es zu retten. Darunter waren auch Leute, die mit dem GRIPS groß geworden sind und die konkret mit viel Geld helfen wollten. Nur gab es dafür aber kein Instrument, das anzunehmen, da man keine Bescheinigung ausstellen konnte, und das GRIPS Theater nicht einfach so Spenden annehmen konnte. Aus diesem Grund haben wir den Verein gegründet. Dazu musste erst das Theater in eine gemeinnützige GmbH umgewandelt werden, das dauerte alles etwas. Jetzt können wir als Verein Spenden annehmen und ans Haus weiterreichen.

*Durch die Veröffentlichung der kritischen Situation des Hauses und den damit ausgelösten öffentlichen Druck kam es im letzten Jahr dazu, dass der Haushaltsausschuss den jährlichen Zuschuss für das GRIPS um 100.000 Euro erhöht hat. Dennoch ist die finanzielle Situation nach wie*



**Fortsetzung von Seite 5**

vor prekär, es bleibt ein strukturelles jährliches Defizit von mindestens 50.000 Euro. Wird es das Ziel des Fördervereins sein, dieses Defizit auszugleichen?

**Börries von Liebermann:** Klar, das Ziel ist es nicht, das Defizit aufzufangen, es ist ein ganz anderes. Wir verstehen im Grunde genommen nicht, warum in Berlin das Kinder- und Jugendtheater so minderbemittelt ist und mit so wenig Geld auskommen muss! Das ist ein Skandal, wie knapp das GRIPS finanziert ist! Kinder- und Jugendtheater zu fördern, sollte ja eigentlich wichtiger sein, als die Förderung von Unterhaltung in den großen Theatern der Stadt. Hier im GRIPS wird an allen Ecken und Enden gespart, obwohl das Haus brummt und eine Auslastung von über 85% hat. Gehaltserhöhungen gab es schon seit über acht Jahren nicht mehr! Wir verstehen uns aber nicht als jemand, der den Senat entlastet und das Defizit auffängt. Wir verstehen uns als ein Verein von Leuten, die in ihren Bereichen versuchen, mehr Lobbyarbeit für das GRIPS zu leisten und damit Druck auszuüben, mit dem Ziel, generell eine bessere finanzielle Ausstattung für das GRIPS zu erreichen. Ob in der Politik oder in der Filmbranche oder in welchen Bereichen auch immer.

**Walter Momper:** Abgesehen davon - wie viele Mitgliedsbeiträge bräuchten wir, um so ein hohes Defizit auszugleichen? Dazu brauchten wir ja 1000 Mitglieder! Wer weiß, vielleicht kriegen wir ja so viele Mitglieder! Aber, wie gesagt, das ist nicht der Sinn. Lobbyarbeit ist unser Ziel, ich glaube, als Förderverein kann man auch schon ordentlich Druck ausüben, vielleicht sogar an mancher Stelle mehr als das Theater selbst. Wir werden es versuchen. Natürlich möchten wir konkret auch einzelne Produktionen unterstützen, wenn beispielsweise mehrere Musiker wichtig wären, aber vom Haus nicht finanziert werden können. Oder wenn das GRIPS auf Gastspielreise geht, könnten wir die Reisekosten übernehmen. Gemeinsam mit der Künstlerischen Leitung und der Geschäftsführung werden wir das konkret von Jahr zu Jahr besprechen, wie wir was umsetzen. Die Vereinsmitglieder sollen ja auch wissen, wofür ihr Geld eingesetzt wird.

In der Vereinssatzung steht in der Präambel: „wurde gegründet, um dieses Konzept (des Mutmachtheaters) ideell und materiell zu unterstützen und die Weiterentwicklung der Marke GRIPS als gesellschaftskritisches und emanzipatorisches Kinder- und Jugendtheater zu fördern. Volker Ludwig ist ja nun vor über zwei Jahren als künstlerisch Verantwortlicher zurückgetreten, sehen Sie sich denn als „Wächter seines Erbes“?

**Börries von Liebermann:** Das kann man schon so sagen. Wobei wir das durch-



Szene aus „Schnubbel“ - der neuesten Grips-Produktion. Nach zwölf Jahren hat Volker Ludwig wieder ein Stück für Menschen ab 6 geschrieben. Darin geht es um das Mobbing unter Kindern, ums Dicksein und die Kraft von Musik. Uraufführung war am gestrigen Abend.

Foto: David Baltzer/bildbuehne.de

aus für entwicklungsfähig halten, das GRIPS soll ja nicht in einer Tradition stecken bleiben. Aber wir glauben, dass diese Art von politischem Theater im Kinder- und Jugendtheater unbedingt erhalten bleiben muss. Man muss auch immer mit berücksichtigen, wie das GRIPS entstanden ist, gegen welche politischen Widerstände es kämpfen musste, als der Konservatismus noch viel stärker war, als man es sich heute vorstellen kann. Angesicht dieser 45 Jahre wollen wir eine Richtung unterstützen, die einerseits dieses Erbe bewahrt, andererseits das Erbe auch mit allen Möglichkeiten öffnet und weiterentwickelt. Aber wir wollen nicht helfen, dass aus dem GRIPS ein ganz anderes Theater gemacht wird.

*Wann wäre denn eine Grenze erreicht?*

**Walter Momper:** Also, wenn das Gesellschaftliche keine Rolle mehr spielen würde, sondern nur noch Unterhaltung und seichte Kost hier gezeigt werden würde. Wenn das GRIPS in diese Richtung gehen würde, wäre unser Verein überflüssig. Aber das hängt natürlich auch von den Mitgliedern, die dem Verein jetzt beitreten werden, ab, was dem Verein wichtig ist.

*Das GRIPS ist ja eine Marke und es wird genau dafür ja auch öffentlich unterstützt. Egal, wer die Künstlerische Leitung innehat, das wird berücksichtigt werden müssen, oder? Insofern wird man hier keine seichte Kost bekommen.*

**Börries von Liebermann:** Das stimmt, das GRIPS ist ja weltweit berühmt, und es ist ja auch ein Aushängeschild für Berlin. GRIPS als Marke müsste man sogar noch viel stärker international hervorheben, indem man beispielsweise viel mehr Gastspielreisen zu internationalen Festivals unterstützt. Sasha Waltz macht das richtig mit ihren unglaublich vielen Gastspielen. Aber das GRIPS Theater kann nicht woanders gastieren und dabei Geld verdienen und gleichzeitig in Berlin den Spielplan aufrechterhalten. Dass Volker Ludwig nur

150.000 Euro mehr verlangt hat, ist bei der jahrzehntelangen Unterdeckung des Theaters und der Aushängeschild-Funktion für Berlin viel zu wenig, das sind doch nur Peanuts, das Haus müsste da viel mehr Möglichkeiten bekommen.

*Man kann für 60 Euro Jahresbeitrag als private Person Vereinsmitglied werden, mit 180 Euro als Firma. Was hat man davon, außer dass man eine Spendenquittung bekommt?*

**Börries von Liebermann:** Dieser Verein möchte die Fans ans Haus binden. Abgesehen davon, dass die Vereinsmitglieder den Spielplan bekommen, erhalten Sie auch Premiereneinladungen. Darüber hinaus wollen wir sie zu Werkstattgesprächen mit den Künstlern, also Schauspielern, Regisseuren, Autoren, einladen. Wir wollen versuchen, dass die Mitglieder ein bisschen hinter die Kulissen schauen können und etwas an den künstlerischen Prozessen beteiligt werden, also etwas Einblicke geben, wie Theaterkunst entsteht. Wenn wir beispielsweise eine Produktion fördern, dann könnten wir die Mitglieder zu einzelnen Etappen der Entwicklung einladen - wenn es den Ablauf nicht zu sehr stört. Wie offen das sein kann, wird man dann konkret sehen.

*Und was hat eine Firma von einer Mitgliedschaft?*

**Börries von Liebermann:** Eine Firma kann sich sehr gut damit schmücken, wenn sie ein Theater fördert, das ein Aushängeschild der Stadt und weltbekannt ist. Der Mitgliedsbeitrag ist eigentlich für ein Unternehmen viel zu billig, aber jede Firma kann ja erstens mehr geben oder zweitens einfach nur spenden, ohne gleich Mitglied sein zu müssen. Das gilt natürlich auch für private Leute, die nicht gleich in einen Verein eintreten wollen, dass sie einfach nur spenden.

*Was erwartet uns am 21. Januar?*

**Börries von Liebermann:** Wir wollen mit Volker Ludwig zusammen auf vielfältige Weise 45 Jahre GRIPS-Geschichte in 45 Minuten packen, in eine Art Schnelldurchlauf. Stefan Fischer-Fels wird dann über seine Pläne für die Zukunft berichten. Und es wird Musikbeiträge aus alten und neuen Stücken geben. Es wird, wie immer, wenn das GRIPS so einen Abend gestaltet, auf alle Fälle kurzweilig. Und am Ende sollen natürlich alle vor einem Glas Wein und Kleinigkeiten zu essen schon Lust darauf haben, unbedingt Vereinsmitglied zu werden und ganz viel Geld zu spenden!

➡ Dienstag, 21. Januar 2014, 19.30 Uhr, GRIPS Hansaplatz, Altonaer Str. 22, 10557 Berlin (direkt U Hansaplatz, nahe S Bellevue). Eintritt frei, um Anmeldung wird gebeten bei: GRIPS-Besucherservice, Karen Giese, 030-397 47 40 oder karen.giese@grips-theater.de

➡ Website: [www.mehr-grips.de](http://www.mehr-grips.de)

Gedenken:

# Ort der Erinnerung

## Mechthild Rawert lädt zum Gedenken nach Lichtenrade

Der 27. Januar ist der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Das Datum erinnert an die Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau 1945 durch die Rote Armee und wird international als Holocaust-Gedenktag begangen. Die Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Mechthild Rawert lädt am aus diesem Anlass am Vortag, dem 26. Januar, wie in den vergangenen Jahren zu einer Veranstaltung zum Gedenken an die Opfer der NS-Gewaltherrschaft an einem Erinnerungsort in Tempelhof-Schöneberg ein. Diesmal findet die Gedenkveranstaltung in Lichtenrade statt.

In Lichtenrade befand sich von 1943 bis zum 20. April 1945 ein Außenlager des Konzentrationslagers Sachsenhausen. Die Häftlinge waren politische Gefangene aus vielen europäischen Ländern und mussten unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Die Nationalsozialisten nutzten die Arbeitskraft der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bis zur Erschöpfung und zum Tod dieser Menschen.

Mechthild Rawert: „Dank der jahrelangen engagierten Erinnerungsarbeit der Geschichtswerkstatt Lichtenrade als Projekt-



Mechthild Rawert lädt zum Gedenken. Foto: Horb

gruppe der Berliner Geschichtswerkstatt e.V. und auf Initiative des damaligen Tempelhofer Volksbildungsstadtrates Klaus Wowereit wurde 1987 am ehemaligen Standort des Zwangsarbeiterlagers am Bornhagenweg das Mahnmal für die Zwangsarbeiter des Außenlagers Sachsenhauses eingeweiht.“ Ruth Zantow, Mitglied der Geschichtswerkstatt Lichtenrade, berichtet auf der Gedenkveranstaltung von den Menschen, die hier inhaftiert waren. Im Rahmen der Veranstaltung findet eine Kranzniederlegung statt. **BS** □

➔ Sonntag, 26.1., 14 - 17 Uhr, Nachbarschafts- und Familienzentrums Finchleyst. 10, 12305 Berlin. Anmeldung: Tel. 72013884, mechthild.rawert@wk.bundestag.de

Friedrichshain-Kreuzberg:

# Aktiver Gewerkschafter

## 60 Jahre Mitglied: SPD Luisenstadt ehrte Wolfgang Lux

Die SPD Luisenstadt in Friedrichshain-Kreuzberg hat Wolfgang Lux im Dezember für 60 Jahre Parteimitgliedschaft geehrt.

Wolfgang Lux war Parteifreund des langjährigen Kreuzberger SPD-Vorsitzenden, Abgeordneten und Stadtrats Franz Karl Meyer und des ehemaligen Vorsitzenden der IG Druck und Papier Karl Richter. Beide waren gelernte Drucker. Wolfgang Lux ist seit 63 Jahren Gewerkschaftsmitglied und war von 1963-1993 Gewerkschaftssekretär bei IG Druck und Papier.

Wolfgang Lux ist 1930 in Kreuzberg geboren und am 27. Mai 1953 in die SPD eingetreten, um die linke Politik des früheren Bezirksbürgermeisters Willy Kressmann und des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Ernst Reuter, zu unterstützen. Er war von 1961-1975 Bezirksverordneter in Kreuzberg und gehörte zu den Mitgestaltern der Gewerkschaftsbewegung.

„Die Lebensgeschichte von Wolfgang



Die Abteilungsvorsitzende Sevim Aydin steckt Wolfgang Lux die Ehrennadel an.

Foto: SPD Luisenstadt

Lux gibt uns einen lebendigen Einblick in die enge Zusammenarbeit der SPD mit den Gewerkschaften und die gegenseitige Unterstützung, die weiterhin beibehalten werden sollte“, so die Abteilungsvorsitzende der SPD Luisenstadt Sevim Aydin. **BS** □

## FRAKTION INTERN

**Kurzzeitschwimmen in Berliner Bädern.** Die Einführung eines neuen Preissystems in den Berliner Bädern hat die SPD-Fraktion kritisch, aber grundsätzlich positiv begleitet. Mit der Einführung günstiger Nachmittagstarife, einer Jahreskarte und eines Kurzzeittarifs wurden neue Möglichkeiten geschaffen, um den Bedürfnissen der Kundinnen und Kunden gerecht zu werden. In einem Punkt wird sich die SPD-Fraktion aber sofort für eine Änderung einsetzen. Der neue Kurzzeittarif, der morgens und abends 45 Minuten schwimmen sowie 20 Minuten Karenzzeit für Umziehen und Duschen beinhaltet, muss ohne Ausnahmen in allen Bädern gelten. Bislang sind das SSE, das Stadtbad Schöneberg, das Stadtbad Lankwitz sowie das Bad am Spreewaldplatz ausgenommen. Der sportpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Dennis Buchner, sagt: „Wir werden eine entsprechende politische Willensbildung organisieren und den Aufsichtsrat der Bäderbetriebe bitten, diese kundenfeindliche Regelung so schnell wie möglich zu ändern.“

**Neujahrsempfang der SPD-Fraktion.** Über 200 Gäste sind zum traditionellen Neujahrsempfang der SPD-Fraktion in die Kalkscheune in Mitte gekommen. Entscheidungsträger aus Berliner Verbänden, Vereinen, Einrichtungen und Organisationen konnten mit den Abgeordneten ins Gespräch kommen und über anstehende Entscheidungen plaudern. SPD-Fraktionschef Raed Saleh sagte in seiner Eröffnungsrede: „2014 wird ein gutes Jahr“. Zeichen dafür sind unter anderem die positive wirtschaftliche Entwicklung und die sinkenden Arbeitslosenzahlen in Berlin. „Wir denken Wachstum und Erfolg immer mit sozialem Aufstieg und sozialer Gerechtigkeit zusammen“ betonte Saleh. Es geht weiterhin darum, gegen die soziale Spaltung zu kämpfen. Saleh dankte allen Gästen für ihre Arbeit und ihren Einsatz für Berlin. „Berlin ist eine weltoffene Stadt und wird das auch bleiben“, sagte der SPD-Fraktionschef.

**Klausurtagung in Braunschweig.** Die jährliche Klausurtagung der SPD-Fraktion findet diesmal vom 24. bis 26. Januar in Braunschweig statt. SPD-Fraktionschef Raed Saleh wird die Halbzeitbilanz der Fraktion vorstellen und einen Ausblick auf wichtige Entscheidungen in 2014 geben. Zu den weiteren Referenten gehören u.a. der Berliner Polizeipräsident Klaus Kandt, der Vorstandsvorsitzende der Berliner Wasserbetriebe, Jörg Simon sowie der Vorstandsvorsitzende Ole Bested Hensing und die Vorstandsin Annette Siering von den Berliner Bäderbetrieben. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Eva Högl berichtet zur NSU-Mordserie und den Konsequenzen daraus. **cs** □



## Tempelhof-Schöneberg:

## Sontagsmatinee auf dem Euref-Campus

Zum Auftakt ihrer neuen Veranstaltungsreihe Sontagsmatinee lädt die SPD Tempelhof-Schöneberg am morgigen Sonntag in das „Restaurant Schmiede“ neben dem Gasometer in Schöneberg.

Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen des Arbeitsmarktes und der Wirtschaftspolitik im Bezirk und im Land Berlin. Mit dabei sind Dilek Kolat, Kreisvorsitzende der SPD Tempelhof-Schöneberg und Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, Angelika Schöttler, Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg sowie Reinhard Müller, Vorstand der EUREF AG. Er wird den EUREF-Campus vorstellen und zur Diskussion zur Verfügung stehen.

Sonntag · 19. Januar 2014, 11.00 - 13.00 Uhr, EUREF-Campus 15 · Schmiede, Torgauer Straße 12-15, 10829 Berlin-Schöneberg

## Spandau:

## Telefonprechstunde von Swen Schulz

Swen Schulz führt am 23. Januar erneut eine Telefonprechstunde für Spandauerinnen und Spandauer durch

„Viele Menschen können aus den verschiedensten Gründen nicht persönlich in die Sprechstunde in mein Spandauer Bürgerbüro kommen“, so Swen Schulz. „Deshalb biete ich jetzt regelmäßig die Möglichkeit an, mir in einem Telefongespräch Anliegen zu schildern, um die ich mich mit meinem Team kümmern kann. Gerne nehme ich auch Anregungen für meine Arbeit im Wahlkreis und im Deutschen Bundestag an“. Wer von Swen Schulz am 23. Januar zwischen 14:00 und 16:00 Uhr angerufen werden möchte, meldet sich bitte bis zum 22. Januar, 16:00 Uhr, im Bürgerbüro unter der Rufnummer 36 75 70 90 an. **BS** □

## Ratgeber:

## Rechte, Risiken, Chancen

Broschüre: Seniorinnen und Senioren sicher im Netz

Immer mehr ältere Menschen nutzen das Internet. Die wenigsten Grundregeln sind für diese Bevölkerungsgruppe selbstverständlich, wenn es um Social Media, Urheberrecht oder Einkaufen im Netz geht. Im Auftrag des SPD-Parteivorstandes hat die unabhängige Internetplattform iRights.info jetzt eine neue Broschüre entwickelt, die diese Themen leicht verständlich aufgreift. Die 30-seitige Broschüre „Online-Ratgeber - Seniorinnen und Senioren sicher im Netz“ richtet sich an alle, nicht nur an SPD-Mitglieder, die sich über grundsätzliche Fragen von Rechten, Risiken und Chancen im Internet informieren wollen.

Oftmals ist bei älteren Nutzern die Unsicherheit groß, in die nächste Falle im Netz zu tappen oder Opfer eines Betruges oder einer Rechtsverletzung zu werden. Die Broschüre setzt dem wichtige Informationen entgegen - keine Angstmache, wie man sie viel zu oft in den klassischen Medien findet. Unter der Frage „Um was geht es?“ heißt es folglich: um Neugier und Experimente im Internet. Auch ältere Nutzer sollen wachsam, aber ohne Angst oder zu große Vorsicht die neuen Möglichkeiten des Netzes aktiv nutzen. Dazu wollen wir mit dieser Broschüre beitragen.

Durch die Broschüre und die Themen führt das fiktive Paar Herr und Frau Netzbach. Sie erklären den Lesern den digitalen Alltag. Es geht um alltägliche Veröffentlichungen, um das Nutzen von Videostreams, um die Frage, wie man am besten selber Videos online stellt, um Lizenzfragen und freie Inhalte, die man für Remixes oder andere Zusammenstellungen verwenden kann. Weitere Themen sind Datenschutz im Netz, soziale Medien, Online-Einkauf, das private WLAN-Netzwerk und



„Online-Ratgeber - Seniorinnen und Senioren sicher im Netz“.

wie man Passwörter richtig erfindet. Die Inhalte sind so einfach und verständlich wie möglich beschrieben. Ergänzt durch Erklärkästen, Checklisten, ein Glossar mit den wichtigsten Begriffen und Lesehinweisen. Die in Großdruck gesetzten Texte stehen unter der Creative-Commons-Lizenz BY-ND. Das heißt, dass sie - bei Nennung des Autors und ohne inhaltliche Veränderung - kostenlos weitergegeben, kopiert und wieder veröffentlicht werden dürfen.

Die Publikation gibt es sowohl als gedruckte Broschüre als auch in digitaler Form. **BS** □

Die gedruckte Broschüre können SPD-Mitglieder unter [spd-shop.de](http://spd-shop.de) und alle interessierten Nichtmitglieder per E-Mail an [vertrieb@spd.de](mailto:vertrieb@spd.de) oder per Telefon unter 030-25991-200 gegen ein geringes Entgelt auch in größeren Mengen bestellen.

Die digitale Fassung (PDF) gibt es als kostenlosen Download unter: <http://irights.info/wp-content/uploads/2014/01/Online-Ratgeber-Seniorinnen-und-Senioren-sicher-im-Netz.pdf>

## Behutsame und kritische Rekonstruktion

Fachausschüsse diskutieren Zukunft des historischen Stadtkerns

Zu gemeinsamen Sitzung laden die Fachausschüsse VIII „Soziale Stadt - Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung“ und XI „Mobilität“ am Mittwoch, d. 22. Januar 2014, um 19 Uhr in das SPD-Kreisbüro, Willy-Brandt-Haus (SPD-Bundeszentrale), Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin.

Thema des Abends ist der Historische Stadtkern Berlins. Für die SPD geht es nach dem Parteitagbeschluss darum, Möglichkeiten und Grenzen für eine Wiederbelebung und behutsame und kritische Rekon-

struktion des Stadtkerns zu analysieren sowie sozialdemokratische Zielsetzungen zu formulieren. Laufende Planungen sind auf den Prüfstand zu stellen.

Insbesondere die verkehrsplanerischen Spielräume im Historischen Stadtkern und daraus abzuleitende Konzepte sind Voraussetzungen einer erfolgreichen Entwicklung im Stadtraum zwischen Humboldtforum, Museumsinsel, Hackescher Markt, Alexanderplatz, Karl-Marx-Allee, Jannowitzbrücke, Klosterviertel/Molkenmarkt

und Petriplatz/ Breite Straße. Bodo Fuhrmann, Verkehrsplaner (ehem. GRI) wird die verkehrsplanerischen Möglichkeiten und Aspekte erläutern. Benedikt Goebel, Stadthistoriker, wird die dann am 15. Januar der Berliner Öffentlichkeit bereits bekannte Charta des Bürgerforums Historische Mitte (Planungsgruppe Stadtkern) für die zukünftige Entwicklung des Stadtkerns Berlins vorstellen. Die nächste Sitzung des FA VIII „Soziale Stadt“ ist am 29. Januar mit Staatssekretär Ephraim Gothe. **BS** □



Ethik:

# „Eine Gewissensentscheidung“

## Debatte um Sterbehilfe im Deutschen Bundestag

**Für eine „breite gesellschaftliche Diskussion“ über die Fragen von Sterbehilfe hat sich die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende und Berliner Bundestagsabgeordnete Eva Högl ausgesprochen. Es handele sich in jedem Fall um eine Gewissensentscheidung.**

Verboten ist die aktive Sterbehilfe, also etwa das Setzen einer Giftspritze auf ausdrücklichen Wunsch des Patienten. In der Frage einer passiven Sterbehilfe hatte sich die schwarz-gelbe Koalition in der vergangenen Legislaturperiode nicht einigen können. Die frühere Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) wollte zwar eine geschäftsmäßige Beihilfe unter Strafe stellen, lehnte aber die Forderung aus Kreisen von CDU und CSU ab, auch nicht-kommerzielle Angebote, etwa von Stiftungen oder Vereinen, zu verbieten. Der neue Bundesgesundheitsminister Gröhe forderte jetzt erneut ein Verbot der organisierten Beihilfe zur Selbsttötung. Die „über alle Parteigrenzen hinweg kontrovers geführte Diskussion um die Sterbehilfe“, so Eva Högl, müsse nun in Ruhe geführt werden. „Wir haben in vergleichbaren Fällen



Eingang zum Lazarus-Hospiz in Mitte.

Foto: Horb

gute Erfahrungen gemacht, im Parlament das Instrument von Gruppenanträgen zu nutzen“, erklärte sie. Derartige Gruppenanträge können Abgeordnete verschiedener Fraktionen einbringen, die sich auf einen gemeinsamen Gesetzentwurf verständigt haben.

Der Humanistische Verband Deutschlands bezeichnete die Forderung Gröhes nach einem Suizidhilfe-Verbot als „Politik gegen die Menschenwürde“ und sieht dar-

in eine Bevormundung. Der frühere SPD-Vorsitzende Franz Müntefering warnte dagegen davor, dass „aus Angst vor Pflegebedürftigkeit zu schnell das Lied vom süßen Freitod gesungen wird“. Müntefering, der seine krebskranke erste Frau gepflegt hatte, wandte sich gegen „eine aktive Hilfe“.

Nur jeder Sechste in Deutschland erhält allerdings nach Angaben der Deutschen Stiftung Patientenschutz (DSP) die professionelle Hilfe, die ihm zusteht, um würdevoll sterben zu können. Im vergangenen Jahr starben rund 870.000 Menschen in Deutschland. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) brauchen 60 Prozent der Sterbenden in den letzten Lebensmonaten professionelle medizinische, pflegerische und psycho-soziale Begleitung. Das wären 522.000 Schwerstkranke. Tatsächlich erhielten 2013 aber nur 85.000 Sterbende eine solche Hilfe - also nur 16 Prozent. Eine entsprechende palliative Versorgung bieten rund 200 Hospize in Deutschland. Die DSP fordert, dass „Pflegeheime, Krankenhäuser und mobile Teams so strukturiert und finanziert werden, dass würdiges Sterben überall möglich wird“.

U.H. □

Wirtschaft:

# „Kein selbsttragender Aufschwung“

## Wirtschaftsforscher des IMK für Kurswechsel auf europäischer Ebene

**Die Krise im Euroraum dauerhaft überwinden und den milliardenschweren Investitionsstau in Deutschland auflösen - das sind nach einer neuen Analyse des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung die wichtigsten wirtschaftspolitischen Herausforderungen im neuen Jahr. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung setze im Bereich der Arbeitsmarktpolitik richtige Akzente, während er in der Finanzpolitik deutlich hinter den Notwendigkeiten zurückbleibe, so die Forscher. Auf europäischer Ebene müsse erheblich mehr getan werden. Hier sei ein Kurswechsel erforderlich, der aber im Koalitionsvertrag nicht einmal angedeutet werde. Der wirtschaftspolitische Jahresausblick des IMK wurde in der vergangenen Woche auf einer Pressekonferenz in Berlin vorgestellt.**

Das IMK geht in seiner aktuellen Konjunkturprognose zwar davon aus, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) in

diesem Jahr um durchschnittlich 1,2 Prozent wachsen wird. Dazu trägt neben dem privaten Konsum im Inland eine moderate Belebung bei den Investitionen bei. Doch ein selbsttragender Aufschwung ist nach Einschätzung der Forscher derzeit nicht in Sicht. Wesentlicher Grund dafür ist die fortgesetzte wirtschaftliche Schwäche bei vielen europäischen Handelspartnern, unter denen der deutsche Export weiterhin leidet.

ERFOLGLOSE, ÜBERHARTE  
SPARPOLITIK

„Die weitgehend erfolglose überharte Sparpolitik wird derzeit etwas gelockert. Der Euroraum insgesamt findet daher 2014 aus der mehrjährigen Rezession heraus. Aber das reicht längst noch nicht, um die Krise abhaken zu können. Die hohe Arbeitslosigkeit in vielen Ländern lastet weiter massiv auf Europa“, sagt Gustav A. Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. Das Institut hält es für illusorisch, die Krise vor allem durch verstärkte Exporte

der Euro-Krisenländer ins außereuropäische Ausland überwinden zu wollen. Die Weltkonjunktur habe sich zwar aufgehellt, sei dazu jedoch nicht stark genug.

Vor allem aber sei bei zunehmenden Außenhandelsüberschüssen des gesamten Euroraums mit einer dauerhaften kräftigen Aufwertung des Euro zu rechnen. „Dieser Prozess hat schon eingesetzt“, konstatieren die Forscher. So gewann die Gemeinschaftswährung gegenüber dem Dollar während der vergangenen 12 Monate real effektiv um 5,3 Prozent an Wert. Das drohe „den Gewinn an Wettbewerbsfähigkeit, den die Krisenländer unter großen Opfern erreicht haben, wieder zunichte zu machen“, schreiben die Forscher.

POSITIVE IMPULSE AUF DEM  
ARBEITSMARKT

Um die Erholung zu beschleunigen und zu vertiefen, empfiehlt das IMK daher, in den europäischen Überschussländern die Nachfrage zu stärken. Auf diese Weise wür-

Fortsetzung Seite 10

**Fortsetzung von Seite 9**

de nicht nur die Konjunktur im jeweiligen Land unterstützt, sondern auch den Krisenländern bessere Chancen im innereuropäischen Handel eröffnet.

**BINNENNACHFRAGE  
FESTIGEN**

Die Binnennachfrage ließe sich sowohl über eine stärkere Lohnentwicklung als auch über höhere öffentliche Investitionen festigen. „Deutschland ist dabei besonders gefragt, auch im ureigenen Interesse“, sagt Horn. „Denn wir haben auf beiden Feldern erheblichen Nachholbedarf. Insbesondere die niedriger bezahlten Beschäftigten haben über das vergangene Jahrzehnt real an Einkommen verloren. Und der öffentliche Kapitalstock verfällt zusehends. Seit 2003 waren die Abschreibungen um insgesamt 31 Milliarden Euro höher als die Investitionen. Beide Entwicklungen haben uns Chancen auf Wachstum und Arbeitsplätze gekostet.“ So zeigen Simulationsrechnungen mit dem Konjunkturmodell des IMK, dass das BIP zwischen 1999 und 2011 um rund sechs Prozentpunkte stärker gestiegen wäre, wenn die Löhne sich kräftiger entwickelt hätten und der Staat seine Investitionen nicht zurückgefahren, sondern stattdessen auf Steuersenkungen verzichtet hätte.

Die Vereinbarungen der Großen Koalition beurteilt das IMK vor diesem Hintergrund differenziert. „Die deutsche Politik ist in wichtigen Punkten weiter als vor einem Jahr. Aber der große Wurf steht aus“, sagt Horn. Positiv sehen die Wissenschaftler die geplanten Reformen auf dem Arbeitsmarkt: Mit der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes, dem Vorhaben, Tarifverträge leichter allgemeinverbindlich zu erklären und den geplanten Regulierungsfortschritten bei der Leiharbeit könne „ein wichtiger Beitrag für die Rückkehr zu einer makroökonomisch orientierten Lohnpolitik in Deutschland geleistet“ werden, schreiben sie. Die „letzten, wenn auch wenig überzeugenden“ Befürchtungen, dass der Mindestlohn Arbeitsplätze kosten könnte, würden durch die vorgesehenen Übergangsfristen ausgeräumt.

**INVESTITIONSSTAU  
BLEIBT**

Deutlich kritischer beurteilen die Forscher die zusätzlichen Ausgabenvorhaben der Großen Koalition. Den Großteil der geplanten „prioritären Maßnahmen“ halten die Forscher vom Grundsatz her für durchdacht, weil er die Kommunen unterstütze, deren Investitionsschwäche besonders ausgeprägt ist. Mit einem Volumen von 23 Milliarden Euro von 2014 bis 2017 oder 0,2 Prozent des jährlichen BIP seien die jährli-



*Prof. Dr. Gustav Horn ist Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).*

*Foto: Böckler-Stiftung*

chen Mehrausgaben für Infrastruktur, Bildung und Forschung aber viel zu gering, um einen nennenswerten Effekt zu erzielen. „Bei einem ganz zentralen Problem des Landes, nämlich dem in über einem Jahrzehnt aufgelaufenen Investitionsstau, bleibt die zukünftige Regierungskoalition eine Lösung schuldig“, warnt das IMK.

Die geplanten Änderungen bei der Rente seien zwar isoliert betrachtet sozialpolitisch sinnvoll, vor allem die Verbesserungen bei Erwerbsminderung. Insgesamt vermisst das IMK bei den Reformen aber eine klare Zielsetzung, durch die falsche rentenpolitische Entscheidungen seit der Jahrtausendwende systematisch korrigiert werden könnten. „Wichtiger wäre es, die übermäßige Absenkung des Rentenniveaus zu korrigieren, beispielsweise, indem man die Rentenabsenkung infolge der sogenannten Riester-Treppe wieder rückgängig macht“, schreiben die Forscher.

Schließlich drängen sie auf eine korrekte Finanzierung: Die sogenannte „Mütterrente“ sei ebenso wie die solidarische Lebensleistungsrente als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aus Steuern zu bezahlen, betont das IMK. „Eine Finanzierung aus Beiträgen wäre hier ordnungspolitisch falsch.“

**SINNVOLLE DEBATTE ÜBER  
GEZIELTE STEUERERHÖHUNGEN**

Dass die Große Koalition die geplanten Zusatzausgaben erklärtermaßen aus Steuermehreinnahmen und Umschichtungen im Haushalt finanzieren wolle, setze hier

allerdings enge Grenzen. Denn schon die Finanzierung der „prioritären Maßnahmen“ auf diesem Wege halten die Forscher für zweifelhaft. So weise die aktuelle Steuerschätzung vom November 2013 deutlich geringere Steuereinnahmen für den Bund aus - knapp fünf Milliarden weniger als noch die mittelfristige Finanzplanung vom Sommer.

„Eine solide Finanzierung sieht anders aus“, sagt IMK-Direktor Horn. „Es ist bedauerlich, dass die sinnvolle Debatte über gezielte Steuererhöhungen auf hohe Einkommen und Vermögen vorzeitig abgebrochen wurde. Wir fürchten, dass die neue Regierung mittelfristig in Finanzierungsschwierigkeiten gerät und dann über deutlich problematischere Formen von Steuererhöhungen nachdenken könnte, beispielsweise bei der Mehrwertsteuer. Dies würde die Ungleichheit in Deutschland weiter erhöhen und die Konjunktur behindern.“ Die Forscher halten es für weitaus sinnvoller, die Erbschaftsteuer und den Spitzensatz der Einkommensteuer zu erhöhen und die Vermögensteuer wieder einzuführen.

**GELDPOLITISCHE LOCKERUNG  
EMPFEHLENSWERT**

Ohne die vorgeschlagene finanzpolitische Flankierung in den Überschussländern habe die an sich zielführende expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) längerfristig keine Chance auf Erfolg, warnen die Forscher. Das bedeute aber nicht, dass die EZB nicht noch mehr tun könne und solle. Das IMK rechnet, wie auch die Notenbank selber, damit, dass die Inflationsrate im Euroraum für längere Zeit deutlich hinter dem EZB-Ziel von knapp unter zwei Prozent zurückbleibt. Angesichts von weiterhin sinkenden Löhnen in den Krisenländern und einer sinkenden Kreditvergabe an Unternehmen halten die Forscher eine Disinflation mit folgender Deflation für eine reale Gefahr.

**„AKTUELLE LAGE IST  
BRISANT GENUG“**

Allerdings solle eine „weitere geldpolitische Lockerung nicht erst dann eingeleitet werden, wenn sich tatsächlich eine Deflation abzeichnet; die aktuelle Lage ist bereits brisant genug.“

Für Zinssenkungen bestehe zwar nur noch wenig Spielraum. Die EZB habe aber die Möglichkeit, durch gezielte Aufkäufe von Unternehmens- und Staatsanleihen die Finanzierungsbedingungen auf beiden Feldern insbesondere in den Krisenländern zu verbessern. **PM/HBS** □

➡ Der IMK-Report 90 steht bei der Hans-Böckler-Stiftung im Internet zum Download zur Verfügung: [http://www.boeckler.de/pdf/p\\_imk\\_report\\_90\\_2014.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/p_imk_report_90_2014.pdf)



Bildung:

# Ein frischer Blick auf die Themen

## Ingo Siebert über das Frühjahrsprogramm des August Bebel Instituts

**Das August Bebel Institut (ABI) hat sein Frühjahrsprogramm veröffentlicht. Die aktuellen Schwerpunkte stellt Ingo Siebert, Geschäftsführer des ABI, im Gespräch mit der BERLINER STIMME vor.**

*In diesem Herbst liegt der Fall der Mauer genau 25 Jahre zurück. Ist das für das August Bebel Institut jetzt schon ein Thema?*

**Ingo Siebert:** Unser Programm hat am Mittwoch mit dem Film „Duvarlar-Mauern-Walls“ gestartet und unser Erinnerungsjahr 2014 eingeleitet. Wir wollen uns 25 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer 2014 in mehreren Veranstaltungen öffentlich weniger präsenten Perspektiven auf die Wende widmen. Die Sicht türkisch-deutscher Berliner/innen, die über sich verschärfende ökonomische Unsicherheit und zunehmende Feindseligkeit in den Jahren 1989-91 sprechen, ist so eine Perspektive.

*Das vergangene Jahr war für die Arbeiterbewegung bereits ein sehr geschichtsträchtiges. Welchen Raum nimmt die Historie diesmal ein?*

**Ingo Siebert:** Wir werden uns im weiteren Verlauf des Erinnerungsjahres auch mit den Ereignissen des 1. Weltkrieges auseinandersetzen. Für die sozialdemokratische Geschichte wichtige ist z. B. die starke Antikriegsstimmung und -bewegung, die es in Berlin gegeben hat. Wir wollen unser erfolgreiche zeitgeschichtliche Arbeit, die wir durch den Bebel-August entwickelt haben, weiterführen und fragen, was war in der Arbeiter\_innenbewegung in dieser Zeit los und wie kam es zur Spaltung. Im April machen wir einen Workshop und für den August/September ist eine Ausstellung und Veranstaltungsreihe geplant.

*Das August Bebel Institut bietet mit seinem Programm ja auch eine Serviceleistung für politisch interessierte Berlinerinnen und Berliner. Was steht diesmal an?*

**Ingo Siebert:** Eine Hauptaufgabe des ABI ist Qualifizierung für die Stadt- und Kommunalpolitik. Diesen Anspruch nehmen wir sehr ernst und werden im Februar mit unserem Workshop „Mitdenken, Mitmachen, Mitgestalten - Wie kann Partizipation gelingen?“ ein wichtiges Angebot für alle kommunalpolitisch Engagierten machen. Denn ob kleine Projekte oder große Planungen - immer wieder geht es in Kommunalpolitik und bürgerschaftlichem Engagement darum, „Betroffene“ einzubeziehen und nicht nur die sog. üblichen Verdächtigen. Außerdem haben wir natürlich unsere Dauerbrenner für die kommunalpolitische Arbeit im Programm: Stadtplanung, Moderation und Kampagnenarbeit.



*Ingo Siebert ist Geschäftsführer des August Bebel Instituts.*

Neu ist ein wichtiges Seminar, wo wir uns mit der Bearbeitung von Konflikten beschäftigen.

*In welche aktuellen stadtpolitischen Debatten mischt sich das ABI ein?*

**Ingo Siebert:** Ein Schwerpunkt im stadtpolitischen Feld ist die „Berliner Mitte“. So wollen wir mit Veranstaltungen wie „Alte Mitte - neue Mitte: Rund um den Berliner Schlossplatz“ den Diskurs begleiten und fragen: Was baut sich Berlin hier für eine „neue Mitte“? Diese Mitte, die wir da verhandeln, ist auch ein zentraler Ort der Geschichte von Kämpfen für Demokratie und Gerechtigkeit. Und da geben wir tüchtig Stoff rein. Das beginnt dann mit der Revolution 1848 - Stichwort Sing-Akademie -, im Lustgarten hat es die großen Demonstrationen gegen Militarismus vor dem 1. Weltkrieg geben, während der 1918/19-Revolution war das Stadtschloss von Matrosen besetzt, was nur einige wenige Ereignisse zu nennen. Und natürlich ist auch unser Namensgeber mit dem Bebel-Platz präsent.

*Ein wichtiger Ort der Begegnung ist die Galerie im Kurt-Schumacher-Haus geworden. Mit welchem Programm wird das ABI in diesem Jahr dort vertreten sein?*

**Ingo Siebert:** Das ABI präsentiert vier Ausstellungen im Jahr 2014. Im Februar starten wir unsere Veranstaltungsreihe „Daima. Frauen-Bewegung-Feminismen-Identitäten“ im Kontext des interna-

len Frauentages. Sie begleitet die Ausstellung „Daima. Images of Women of Color in Germany“, die wir in Kooperation mit den Herausgeberinnen der Reihe „Witnessed“ des Verlags „edition assemblage“ in unserer Galerie zeigen. Es ist eine besondere Ausstellung. Die afrodeutsche Fotografin Nzitu Mawakha porträtiert zwölf Schwarze Frauen, die in Deutschland leben und arbeiten und/oder Deutsche sind. Sie erzählen von Alltagsrassismus, Sexismus und Widerstand, von Familie, Community und Schönheit. Das Besondere: Nicht die Frauen erklären sich - sondern sie sind diejenigen, die die Betrachtenden befragen und den Blick zurückwerfen.

*Es gibt Themen, die jedes Jahr wiederkehren. Im März ist das zum Beispiel der Internationale Frauentag. Kann man dem noch Neues abgewinnen?*

**Ingo Siebert:** Wir wollen um den Internationalen Frauentag herum Perspektiven auf Feminismus und Frauenbewegung sichtbar machen, die jenseits der weißen Frauenbewegung existieren. Im Fokus stehen Perspektiven von Frauen, die sich nicht nur mit Sexismus, sondern auch mit Rassismus konfrontiert sehen. Diese Frauen - insbesondere Schwarze Frauen, aber auch andere Frauen of Color - kommen in der Veranstal-

tungsreihe zu Wort. In unserer Reihe sprechen wir mit feministischen und antirassistischen Aktivistinnen, die von ihrer politischen Selbstorganisation, ihren politischen Kämpfen und Bündnissen sprechen. Wir diskutieren mit Expertinnen, inwiefern Kunst eine Möglichkeit bietet, sexistische und rassistische Fremdzuschreibungen zu brechen und wir haben Zeitzeuginnen der nationalsozialistischen Verfolgung, die auch sie als Schwarze Frauen traf, eingeladen.

➡ Informationen zu Veranstaltungen: Programmreferentin Manuela Bauche, Tel. (030) 4692-129, Mail: bauche@august-bebel-institut.de, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

➡ Anmeldung zu Veranstaltungen: Kathrin Hagemann, Tel. (030) 4692-121, Mail: hagemann@august-bebel-institut.de

➡ Das Programm im Internet: [www.august-bebel-institut.de](http://www.august-bebel-institut.de)





Südafrika:

# Wegbegleiter Mandelas

## Karl-Heinz Niedermeyer über Denis Goldberg, weißer Kämpfer gegen Apartheid (Teil I)

**Das vergangene Jahr stand im Zeichen des Gedenkens an zwei Jahrhundertgestalten, die auf ihre je besondere Weise mit außerordentlichem Erfolg und mit großer Vorbildwirkung daran gearbeitet haben, die Welt friedlicher und gerechter zu machen: im Zeichen des hundertsten Geburtstags von Willy Brandt und des Todes von Nelson Mandela. In ihrem langen Schatten mühten sich viele Mitstreiterinnen und Mitstreiter, ohne deren aufopferungsvolles, oft selbst das nackte Leben nicht achtende Engagement auch das Lebenswerk dieser beiden Großen nicht hätte gelingen und sich in der jetzt der geschichtlichen Betrachtung zugrunde liegenden Weise nicht hätte vollenden können. Ich möchte an einen Mitstreiter von Nelson Mandela erinnern, den meine Frau Johanna Gisela Bechen und ich das Glück hatten, in seiner menschlichen Einzigartigkeit kennen und lieben zu lernen: Denis Goldberg.**

Als er im Mai 2010 zur Eröffnung einer Ausstellung mit geschichtsträchtigen Aufnahmen von mehreren Fotografen der südafrikanischen Kult-Illustrierten „Drum“ aus der Zeit des Befreiungskampfes gegen das Apartheid-Regime ins Willy-Brandt-Haus kam, war seine Ausstrahlung von Engagement und Lebensfreude trotz schlimmster Entbehrungen und Schicksalsschläge in seinem ereignisreichen Leben spürbar.

Ich selbst nutzte an diesem Tag die Chance, eine politische Einführungsrede zu der Ausstellung im Namen der SPD als gastgebender Organisation zu halten. In meiner Erinnerung fügen sich mehrere Bilder zusammen. Da sind die zu Ikonen gewordenen Aufnahmen von Nelson Mandela als spielerischem Boxer im Training für den bevorstehenden Hochverratsprozess, 1957, aufgenommen von Bob Gosani. Da ist die erschütternde Szene, in der Hector Peterson, ein jugendlicher Demonstrant gegen die Passgesetze bei der Demonstration in Soweto am 16. Juni 1976, sterbend weggetragen wird, aufgenommen von Sam Nzima, der bei der Ausstellungseröffnung anwesend war. Und da ist die ungeheure Präsenz von Denis Goldberg, mit seinem unvergleichlichen spitzbübischen Lächeln bei der Eröffnung.

Schon drei Jahre vorher hatte ich auf Grund einer Initiative von Peter Senft, damals Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Pretoria und seit vielen Jahren im internationalen Bereich der IG Metall tätig, Gelegenheit, Denis Goldberg gemeinsam



Denis Goldberg im Gespräch mit dem SPD-Fachausschussvorsitzenden Karl-Heinz Niedermeyer bei einer Ausstellungseröffnung im Willy-Brandt-Haus 2010. Foto: Johanna Gisela Bechen

mit dem damaligen Präsidenten des Abgeordnetenhauses Walter Momper, in einer Sitzung des Fachausschusses Internationales vorzustellen. Peter Senft organisierte eine Lesereise für Denis, damals noch nicht für dessen eigene Autobiografie „Der Auftrag“, sondern für das von einem der beiden Hauptverteidiger der Angeklagten verfasste „Protokoll“ des Rivonia-Prozesses von 1964, zu denen neben Nelson Mandela und den wichtigsten damals noch in Südafrika kämpfenden ANC-Führern auch Denis Goldberg als der für die Erarbeitung der technischen Voraussetzungen eines Guerilla-Krieges zuständige Experte gehörte. Bei der Ausstellungseröffnung im WBH 2010 lag dann Denis Goldbergs Autobiografie zum Kauf bereit.

Meine Frau und ich freuen uns über die bei den beiden Begegnungsterminen mit Denis erlangten persönlichen Widmungen in den beiden Büchern, die neben der im letzten November in 17. Auflage im Fischer-Verlag neu herausgegebenen Autobiografie von Nelson Mandela „Der lange Weg der Freiheit“ für mich zu den wichtigsten Quellen für den Kampf Südafrikas um politische Gleichheit der Angehörigen aller Rassen und Völker und die Konstitution der „Regenbogen-Nation“ Südafrika gehören.

Denis Goldberg ist mit seiner Familiengeschichte und seiner politischen Biografie ein Symbol für die Verflechtung der verschiedenen von der fixen Idee totalitärer Herrschaft bestimmen Unterdrückungssysteme des 20. Jahrhunderts und der gegen sie gerichteten Befreiungsbewegungen. Goldbergs Großeltern väterlicherseits waren vor Pogromen gegen Juden in den

westlichen Provinzen des Russischen Reiches zunächst nach England geflohen und wohnten dann im Londoner East End, einem jüdischen Arbeiterviertel. Ende der 20er Jahre wanderten die Goldbergs (Denis Eltern mit den Großeltern) nach Südafrika aus und zogen in benachbarte Wohnungen in einem weißen Arbeiterviertel in Kapstadt.

Denis Goldberg wurde am 11. April 1933 in Kapstadt geboren. Den politischen Widerstand gegen des Apartheid-Regime lernte Denis, der selbst als Jude Erfahrungen mit rassistischer Diskriminierung in der Schule machte, von der Pike auf von seinem Vater. Vater Goldberg, zugleich Bildungssekretär in der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SACP) nutzte die LKWs seines Fuhrunternehmens nicht nur für Arbeiterparaden zur Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen für die weißen Arbeiter, sondern für Demonstrationen von Menschen aller Hautfarben, für die er immer ein offenes Haus hatte - entgegen den Gesetzen zur Rassentrennung. Bei solchen Demonstrationen saß der kleine Denis auf dem Kotflügel des mit politischen Parolen bespannten Lastwagens.

Grundlage seiner späteren Rolle im ANC wurde neben dieser politischen Lehrzeit ein Bauingenieurstudium. Sein politischer Weg führte ihn in die Nachfolgeorganisation der 1950 verbotenen SACP, welche den ANC unterstützte, seine professionellen Fähigkeiten zur Rolle eines „technischen Offiziers“ des „Speers der Nation“, des von Nelson Mandela und anderen 1961 nach langen Jahren des friedlichen Widerstands gegründeten bewaffneten Flügels des ANC.

In dieser Funktion erarbeitete Goldberg technische und finanzielle Konzepte für die Führung eines Guerilla-Krieges. Er fertigte selbst Zeichnungen für den Bau von Handgranaten und Munitionskisten und holte unter falschem Namen und für den persönlichen Verkehr mit „Geschäftspartnern“ auch mit einem falschen Bart ausgestattet, bei verschiedenen Fabrikanten Angebote für ungewöhnlich hohe Mengen von Gussformen, Waffenbehältern usw. ein. Außerdem leitete er 1962 in einem kleinen Ort südlich von Kapstadt ein als Freizeitzeltlager getarntes Ausbildungscamp für potentielle Guerilla-Krieger, denen er den Umgang mit Feldtelefonen, die Herstellung einfacher Stromkreise, die Handhabung von Kopiermaschinen und Grundfähigkeiten der Selbstverteidigung (Judo) beibrachte.

**Fortsetzung in der nächsten Ausgabe**

Gedenken:

# Ausgegrenzt in Ost und West

## Der Humanistische Verband erinnerte an Max Sievers

Am 17. Januar jährte sich zum 70. Mal der Tag der Ermordung von Max Sievers, des langjährigen Geschäftsführers und Vorsitzenden des Deutschen Freidenkerverbands, durch die NS-Justiz. Der Humanistische Verband Berlin-Brandenburg, die Nachfolgeorganisation des Freidenker-Verbandes, ehrte ihn an diesem Tag mit einer Gedenkfeier im Kurt-Schumacher-Haus und einer Kranzniederlegung an der Gedenkstele auf dem Urnenfriedhof Gerichtstraße.

Noch vor dem 1. Weltkrieg tritt Sievers in die SPD ein, über die USPD kommt er zur KPD, mit der er bereits 1921 wieder bricht. Seit 1922 Geschäftsführer des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung, ab 1927 dessen Vorsitzender und wieder Mitglied der SPD, gelingt ihm mit großem Engagement den Verein nach und nach vom reinen Bestattungsverein zur politisch-weltanschaulichen Kultur- und Weltanschauungsorganisation zu verwandeln. Es ist im Wesentlichen sein Verdienst, das die Freidenkerbewegung in der Weimarer Republik zu einer Massenbewegung wurde, die gleichzeitig finanziell auf sehr soliden Beinen stand.

Ende März 1933 in „Schutzhaft“ genommen, emigriert Sievers sofort nach seiner Freilassung im April. Von Saarbrücken, nach dem Beitritt des Saarlands zum Reich dann aus Belgien, organisiert er Widerstand gegen das NS-Regime. Er gibt diverse Zeitschriften heraus und wird damit zu einer wichtigen Stimme der sozialistischen Emigration. Dabei hilfreich ist die Tatsache, dass er Teile des Verbandvermögens in weiser Voraussicht bereits vor dem Macht-



Das Grabmal für Max Sievers auf dem Urnenfriedhof Wedding in der Gerichtstraße.

Foto: Clemens Franz / wikimedia CC

antritt der Nazis ins Ausland geschafft hatte.

Sievers gehört zu jenen ersten 33 NS-Gegnern, denen im August 1933 das Regime die deutsche Staatsbürgerschaft entzog. Mit der Besetzung Westeuropas durch die Wehrmacht, fällt er im Juni 1943 nach einer Phase der Illegalität den Nazis in die Hände. Der Volksgerichtshof unter Roland Freisler verurteilt Sievers wegen „Vorbereitung zum Hochverrat mit Feindbegünstigung“ zum Tode.

Obwohl sich Max Sievers mit seiner Lebensleistung ein Gedenken verdient hat, ist sein Name heute in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Das hat vor allem politische Gründe. Im restaurativen Klima der Ära Adenauer hatten es Antifaschisten, zumal sozialistische, schwer, die ihnen zustehende Anerkennung zu finden.

Zu dieser Geschichte des Vergessens und Verdrängens gehört auch, dass das Unrechtsurteil gegen Sievers erst 1996 vom



Gedenktafel für Max Sievers am Haus Gneisenaustraße 41, dem ehemaligen Sitz des Freidenker-Verbandes.

Foto: OTFW / wikimedia CC

Landgericht Berlin auf Antrag des Humanistischen Verbands förmlich aufgehoben wurde. Dagegen konnte der Anklagevertreter gegen Sievers beim Volksgerichtshof, Amtsgerichtsrat Edmund Stark, ungeachtet der über fünfzig von ihm beantragten Todesurteile nach 1945 bis zum Posten eines Landgerichtsdirektors in Ravensburg aufsteigen und anschließend bis in die 1980er Jahre als Vorsitzender eines Prüfungsausschusses für Kriegsdienstverweigerer amtierend.

In der DDR grenzte man den antistalinistischen Sozialisten Sievers ebenfalls lange Zeit aus. Der Herausgeber von wichtigen deutschen Exilzeitschriften, fand keine Aufnahme in das 1970 in der DDR erschienene zweibändige Lexikon „Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945. Biographien und Briefe“.

Der 70. Jahrestag seiner Ermordung sollte zum Anlass dienen, ihn dem Vergessen zu entreißen.

Michael Schmidt □

Max Wilhelm Georg Sievers, am 11. Juli 1887 in Tempelhof geboren, wuchs im Rixdorfer Arbeitermilieu auf. Mit 14 Jahren musste er die Gemeindeschule verlassen, um Geld zu verdienen. Er nahm Gelegenheitsarbeiten an, war Kutscher und Glaser, nebenher nahm er Unterricht an der Abendschule. Das ermöglichte ihm ab 1907 eine Tätigkeit als kaufmännischer Angestellter bei den Zeitungsverlagen Scherl und Ullstein.

1911 wird er Prokurist bei der Autohandelsfirma und Karosseriefabrik Schebera, dort überzeugen ihn die Arbeiter von der Gewerkschaftsbewegung, der SPD und der freigeistigen Bewegung. 1912 wirkt Sievers an der Kirchenaustrittsbewegung „Massenstreik gegen die Staatskirche“

## Max Sievers

mit. Er heiratet 1913, aber sein privates Glück ist von kurzer Dauer. Seine Frau Marie stirbt nur drei Jahre später. Er selbst wird kurz nach Beginn des Weltkriegs schwer verwundet, nach mehrfachen Operationen wird er beim Sanitätsdienst in Belgien, wo er seine zweite Frau Denise kennenlernt, und Berlin eingesetzt. Die Ablehnung des Krieges führte ihn - wie auch den Vorkämpfer für die Trennung von Kirche und Staat Adolph Hoffmann - von der SPD zur USPD.

Sievers unterstützte die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte 1918, engagierte sich ab Januar 1919 kommunalpolitisch als

Stadtverordneter in Neukölln. Zwischen Sommer 1919 und Herbst 1920 leitete er die Zeitschrift „Arbeiterrat“. Im selben Jahr wird er Mitglied der aus Spartakusbund und Teilen der USPD gebildeten „Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands“, verlässt die Partei aber bereits im März 1921 nach ideologischen Auseinandersetzungen gemeinsam mit vielen anderen früheren USPD-Mitgliedern wieder. Er wird Sekretär der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“, die später in der USPD aufgeht. Mit der Vereinigung der USPD mit der Mehrheitssozialdemokratie kehrt auch Sievers zurück. Ab 1922 ist er hauptamtlicher Sekretär des „Vereins der Freidenker für Feuerbestattung“ (VdFFF).

BS □

# Ehrung für langjähriges Engagement

Bundesverdienstkreuz für Detlef Dzembritzki

**Aus den Händen des Regierenden Bürgermeisters hat der frühere SPD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Detlef Dzembritzki am Montag das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht bekommen.**

Detlef Dzembritzki habe sich über Jahrzehnte für Berlin und insbesondere für Kinder und Jugendliche in der Hauptstadt engagiert, so Wowereit in seiner Würdigung. Der gelernte Erzieher, der 1962 in die SPD eintrat, arbeitete in den sechziger Jahren als Referent für politische Bildung beim Bund deutscher Pfadfinder, leitete dann zwei Jahre lang die Jugendbildungsstätte Kaubstraße.

Von 1972 bis 1975 war er Persönlicher Referent des Staatssekretärs beim Senator für Familie, Jugend und Sport Berlin, von 1975 bis 1989 Volksbildungsstadtrat und Stadtrat für Jugend und Sport von Reinickendorf, von 1989 bis 1995 Bezirksbürgermei-



Detlef Dzembritzki im Bundestagswahlkampf 2013.

Foto: Horb

ster. Anschließend führte er fünf Jahre - von Dezember 1994 bis Januar 1999 - den Landesverband der SPD in Berlin. Später vertrat er mehr als zehn Jahre - von 1998 bis 2009 - die Interessen Berlins im Bundestag. In seiner Zeit im Bundestag war Detlef Dzembritzki u.a. stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

„Detlef Dzembritzki“, so der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit, „hat sich vielfältige Verdienste um Reinickendorf, Berlin und unser Land erworben. Als Dank und Anerkennung hat ihm der Bundespräsident das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Damit wird die verdiente Anerkennung für ein Engagement ausgedrückt, das Dzembritzki über Jahrzehnte für die Hauptstadt geleistet hat.“

BS □

## Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten



## TERMINE

- 21.01.2014, 16:00, AG 60plus Charlottenburg-Wilmersdorf, **Die neu gewählte Bundestagsfraktion mit Dr. Eva Högl, MdB**, Rathaus Charlottenburg - Minna-Cauer-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
- 22.01.2014, 16.30-18.15 Uhr, **Treffen der AG Selbst Aktiv**, AWO Landesvorstand, Blücherstr. 62, 10961 Berlin (wichtig für SFD: Eingang ab 17.00 Uhr über die Hofseite/Rückseite des Gebäudes – über die Brachvogelstraße). Auf der Tagesordnung u.a.: Die Große Koalition ist gestartet – Chancen für die Behindertenpolitik? Offener Brief an die Berliner SPD-Abgeordneten (BE: Mechthild Rawert, MdB), Beschluss des Bundesrates zum Bundesleistungsgesetz und unsere Forderungen an Andrea Nahles (Bundesministerin für Arbeit und Soziales), Inklusionsplan der SPD-Berlin
- 22.01.2014, 19:00, Fachausschuss Soziale Stadt + Fachausschuss Mobilität, **Der Historische Stadtkern Berlins**, SPD Kreisbüro Friedrichshain-Kreuzberg, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin (siehe S. 8)
- 23.01.2014, 19:00, AG Migration und Vielfalt - Tempelhof-Schöneberg, **Jahreshauptversammlung mit Wahlen**, Rathaus Schöneberg, Raum 2047, John-F.-Kennedy-Platz, 10825 Berlin
- 23.01.2014, 14:00 - 16:00, Swen Schulz - **Telefonprechstunde für Spandauerinnen und Spandauer**, am Telefon (siehe Seite 8)
- 23.01.2014, 15:00 - 17:30, **Bürgersprechstunde der Bundestagsabgeordneten Eva Högl**, SPD Wahlkreisbüro, Müllerstraße 163, 13353 Berlin

## „Vorreiter“ von Willy Brandt

Günter Kuppe mit 85 Jahren verstorben

**Fotos zeigen Günter Kuppe Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre immer wieder gemeinsam mit Willy Brandt. Als Mitarbeiter des SPD-Parteivorstands begleitet er den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt, zugleich Bundesaußenminister und später Bundeskanzler, zu Preseterminen und Wahlkampfeinsätzen durch die Republik, er organisiert Termine und Begegnungen, die vielen Mitgliedern in den Ortsvereinen quer durch die Bundesrepublik auch nach Jahrzehnten noch in Erinnerung geblieben sind.**

Wie nahe Günter Kuppe Willy Brandt auch persönlich stand, erzählt Ehefrau Brigitte Seebacher in ihrer 2004 erschienenen Biographie „Willy Brandt“: „Eines Abends im Mai 1983 kam W. B. besonders aufgekratzt nach Hause. Wie immer hatte er sich telefonisch angekündigt, jetzt aber gleich

■ 23.01.2014, 17 bis 18 Uhr, **Bürgersprechstunde von Thorsten Karge**, MdB für den Wahlkreis Wittenau, Waidmannslust und Borsigwalde, im Kreisbüro der SPD Reinickendorf, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin, Interessierte werden gebeten, sich unter der Rufnummer 030 – 55 174 150 anzumelden.

■ 26.01.2014, 14:00 - 17:00, Mechthild Rawert, MdB - Tempelhof-Schöneberg, **Erinnerung braucht einen Ort - Gedenkveranstaltung in Lichtenrade**, Nachbarschafts- und Familienzentrum, Finchleystraße 10, 12305 Berlin (s. Seite 7)

■ 05.02.2014, 18:30 - 20:30, Ole Kreins, MdB / Fachausschuss Mobilität, **Die Zukunft der Berliner U-Bahn**, Referenten: Dipl.-Ing. Hans-Christian Kaiser, Direktor U-Bahn der BVG AÖR, Sven Heinemann, MdB, Mitglied im Hauptausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 107, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin

■ 12.02.2014, 17:00 - 19:00, SPD Charlottenburg-Wilmersdorf - Abt. Wilmersdorf-Nord, **Beratung zu Miet-, Arbeits- und Verbraucherschutzproblemen**, Kita Aventura, Nikolsburger Platz 6, 10717 Berlin. Die SPD Wilmersdorf-Nord bietet jeden zweiten Mittwoch im Monat eine kostenlose Beratung durch Rechts- und Fachanwälte an.

■ 14.02.2014, 14.00 - 17.30 Uhr, **AG 60plus, Jahresempfang 2014, „Europa - sozial und gerecht“**. Der Empfang soll auch in diesem Jahr eine Begegnungsstätte für Menschen sein, die sich der Idee einer solidarischen Gesellschaft und einer Kultur des Miteinanders der Generationen verbunden fühlen. Nachbarschaftshaus Urbanstr. 21, 10961 Berlin (Bus 140, U Südsterne). Anmeldung bis 7.2. unter 4692 222 oder daniela.fiedler@spd.de

■ Alle Termine: [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

### Fachausschuss I:

## Diskussion über die Zukunft der Ukraine

**Der SPD-Abgeordnete Torsten Schneider und der Fachausschuss Internationale Politik, Frieden und Entwicklung laden am 29. Januar um 18 Uhr zu einer Diskussionsveranstaltung über den künftigen Weg der Ukraine ins Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchner-Straße, Raum 320.**

Die Weigerung des ukrainischen Präsidenten Janukowytsch, unter dem Druck Russlands das fertig ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU zu unterzeichnen und die Massenproteste der Opposition gegen diese Entscheidung waren ein herausragendes Thema der internationalen Politik 2013. Der Konflikt ist als Machtkampf zwischen dem amtierenden Präsidenten und seinen wichtigsten Konkurrenten, der früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und dem potentiellen Präsidentschaftskandidaten und derzeitigen Oppositionsführer Klitschko, stark innenpolitisch geprägt. Doch auch bei den Oppositionsgruppen und einigen ihrer Führer handelt es sich keineswegs um „lupenreine Demokraten“. Es diskutieren: Katarina Barley (SPD-MdB), Grigori Lagodinsky, (AK Jüdischer Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten), Dmitri Stratievski (Politologe, Projektgruppe RuSiB). **BS □**

## PARTEIWAHLEN

**In diesen Wochen beginnen in den Abteilungen und Kreisen die Parteiwahlen. Für die Wahlen der Arbeitsgemeinschaften der Berliner SPD auf Landesebene gibt es bereits eine Terminplanung. Stimmberechtigte Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden gesondert eingeladen. Die Planung:**

- Landesarbeitnehmerkonferenz AfA: 28.02.14
- Landesfrauenkonferenz ASF: 12.04.14
- Landeskonferenz AfB: 14.05.14
- Landeskonferenz AG 60plus: 09.04.14
- Landeskonferenz AG Migration und Vielfalt: 02.04.2014 / 18.30 Uhr
- Landeskonferenz AGS (Selbständige): 19.02.14
- Landeskonferenz ASG (Gesundheit): 12.03.14
- Landeskonferenz ASB: 19.03.2014 / 19.00 Uhr
- Landeskonferenz Jusos: 22./23.03.14 (Beginn Sa. 14 Uhr)
- Landeskonferenz Schwusos: 27.03.2014 / 10.00 Uhr
- Landeskonferenz Selbst Aktiv: 02.04.2014 / 14.00 Uhr

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

## „Mach Dir ein Bild“ beim ABI

Fotoarbeiten der Kinder aus Schlingensiefs Operndorf Burkina Faso

Es ist ein Vermächtnis von Christoph Schlingensief: Am 8. Februar 2010 war die Grundsteinlegung für das erste Operndorf der Welt in Burkina Faso, Afrika, nur wenige Monate vor dem Tod des Filmregisseurs. Die von ihm dafür gegründete Initiative Festspielhaus Afrika hat, heute von seiner Witwe geleitet, seine Vision von einer Plattform in Afrika fortgeführt, auf die Einheimische und Reisende, Kinder und Künstler ihre Bilder projizieren können. Vom 25. Januar an gastiert eine Ausstellung mit Fotoarbeiten von Kindern aus dem Operndorf beim August-Bebel-Institut.

„Kunst“, so Christoph Schlingensief, „ist im besten Fall ein Organismus, in dem sich Leben mit Leben verbindet und aus dem so ganz neue Kräfte entstehen. Das Verhältnis zwischen den Menschen sollte das größte Kunstwerk sein.“ Zu den wichtigsten Bauvorhaben im Operndorf, die schon realisiert wurden, gehören eine Grundschule sowie eine Kranken- und Geburtsstation. Die Schule wurde im Oktober 2011 eröffnet und bietet zurzeit 150 Mädchen und Jungen einen geregelten Unterricht. Das Schulkonzept verfolgt einen künstlerischen Schwerpunkt.

Anfang 2013 initiierte die Herner Fotografin und Künstlerin Marie Köhler in Kooperation mit der Festspielhaus Afrika gGmbH das Projekt „Mach Dir ein Bild“ in Schlingensiefs Operndorf in Burkina Faso. Die dort entstandenen Bilder erzählen eine eindringliche Geschichte von Gemeinschaft und Zusammenhalt, Freud und Leid, Wohl und Wehe. Sie nehmen uns mit auf eine faszinierende Reise in eine unbekanntere Kultur, die der Kunst am Leben nachgeht. Sie gewährt einen tiefen Einblick in die Lebenswirklichkeit der Menschen in Burkina Faso und bringen Licht ins Dunkel der westlichen Klischees. Unverstellt und echt,



Mach Dir ein Bild: Franceline Roamba.

Foto: Marie Köhler

der Perspektive der Kinder folgend. Nach einer Preview im Berliner Pauly Saal im Dezember präsentiert Marie Köhler ab dem 25. Januar 2014 erstmals eine umfangreiche Auswahl von Fotografien der Kinder aus dem Operndorf Afrika. Begleitend zur Ausstellung findet ein Workshop mit Marie Köhler für Kinder aus dem Wedding statt, in dem der Perspektivwechsel reflektiert und eigene Eindrücke erschaffen werden. Die Ergebnisse werden zur Finissage am 9. Februar präsentiert.

➔ MACH DIR EIN BILD - Fotoarbeiten der Kinder aus Schlingensiefs Operndorf in Burkina Faso & Fotoworkshop für Kinder aus dem Wedding, 25.01.2014, 19:00 Uhr, Eröffnung im August Bebel Institut, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Begrüßung: Michelle Müntefering.

Anschließend: Gesprächsrunde zu aktuellen Tendenzen afrikanischer Kunst, der westlichen Perspektive auf afrikanische Bildwelten, dem unverstellten Blick in das alltägliche Leben des Operndorfs Afrika und wie auch deutsche Kinder von diesem Perspektivwechsel profitieren können.

➔ Spendeninfos über das Operndorf: [www.betterplace.org/de/projects/14952](http://www.betterplace.org/de/projects/14952) oder [www.operndorf-afrika.de](http://www.operndorf-afrika.de)

## KULTURTIPPS

**Land, Stadt, Land.** Unter diesem Motto steht eine Ausstellung mit Bildern aus der Sammlung des RBB, die am heutigen Sonnabend in der Marheinekehalle eröffnet wird. Es sprechen Duscha Rosen (Mühlentaupt Museum), Kreuzbergs früherer Bürgermeister Günter König und Dr. Claudia Nothelle (RBB). **BS** □

➔ 18. Januar, 15 Uhr, Empore der Marheineke-Markthalle, Marheinek Platz 15, 10961 Berlin

### Buchpräsentation mit Heli Ihlefeld.

Am 21. Januar stellt die Journalistin Heli Ihlefeld um 18 Uhr in der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung den Anekdotenband „Willy Brandt. 'Auch darüber wird Gras wachsen ...'“ vor. Willy Brandt besaß wie kaum ein anderer Politiker die Gabe, Anekdoten und politische Witze zu erzählen oder sie aus dem Stegreif zu erfinden. Dabei amüsierte er sich nie auf Kosten anderer, im Gegenteil - er liebte es, andere in selbstironischer Weise auf seine Kosten lachen zu lassen.

Die Journalistin Heli Ihlefeld hat, zum Teil noch mit Willy Brandts Unterstützung, die schönsten Geschichten und Zitate in dem Anekdotenband „Willy Brandt. 'Auch darüber wird Gras wachsen ...'“ zum 100. Geburtstag 2013 neu zusammengestellt und kommentiert. Heli Ihlefeld stand Willy Brandt privat sehr nahe. 2000 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz für ihren „beispielhaften Einsatz für die Chancengleichheit von Frauen und Männern“. **BS** □

➔ Buchvorstellung 21. Januar, 18 Uhr, Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Forum Willy Brandt Berlin, Unter den Linden 62-68, 10117 Berlin Der Eintritt ist frei. Anmeldung bis zum 20. Januar erbeten unter [info@willy-brandt.de](mailto:info@willy-brandt.de) oder Tel. 787 707-0.

